

Kommentar zur Landtagsdebatte Einschulungsstichtag

Das Problem

2019 Rückstellungsverfahren hätten sich Kinder, Eltern und Schulen ersparen können, wenn der Stichtag 2014 auf den 30.6. gelegt worden wäre.

Deshalb kommt es bei den Betroffenen wie Hohn und Spott an, wenn ihnen gesagt wird, die Stichtagsverlegung auf den 30.6. würde das Problem nicht lösen, sondern man bräuchte bessere Schulen.

Vor 15 Jahren gab es mit 800 Anträgen auf Früheinschulung eine kleine Früheinschulungseuphorie, die zur Rückverlegung des Stichtages (2005) führte. Diese Euphorie ist längst verschwunden, im Gegenteil: 2904 Anträge auf Rückstellung im Jahr 2014 müssten eigentlich ausreichen, um diese Entscheidung zurückzunehmen. Der Vorwurf bleibt im Raum, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

Die Maßnahmen des Ministers zur Vereinfachung der Verfahren wurden von allen Seiten begrüßt. Ob die Elternschaft damit zufrieden ist, wird sich zeigen. Der Landeselternrat wird sicherlich am 30.6. festhalten.

Warum sperrt sich das Ministerium so?

Die Vorgängerin von Minister Baaske, Frau Dr. Münch, hatte den Trend weg von der Früheinschulung schon 2013 erkannt und wollte den Stichtag wieder auf den 30.6. vorverlegen. Aus dem Landtag wurde Zustimmung signalisiert. Als die Gemeinden und Schulleiter sich dazu presswirksam meldeten, wurde dem Ministerium schlagartig klar, dass es zum Ausgleich Gelder für Kita-Plätze und Erzieherinnen an die Kommunen abgeben müsste. Das Problem hat nun Baaske geerbt. CDU und Linke haben übrigens signalisiert, dass sie einem finanziellen Ausgleich für die Kommunen zustimmen würden.

Wie geht es weiter?

Der Landtag hat sich mehrheitlich für eine Verschiebung der Entscheidung um ein Jahr ausgesprochen. Der Stichtag 30.6. wurde im Landtag zwar abgelehnt, dennoch kann die vom Landeselternrat unterstützte Elterninitiative „Stoppt die Früheinschulung“ einen Teilerfolg verbuchen. Eine Mehrheit der Abgeordneten ist grundsätzlich für eine Stichtagsänderung und es wird auf den Druck aus der Elternschaft und der Basis der Parteien ankommen, das in einem Jahr parlamentarisch durchzusetzen.

Dabei kommt der Linken eine Schlüsselrolle zu. Sie will in einem Jahr den Stichtag verlegen will, wenn die Rückstellungsquote nicht abnimmt. Der Minister hat indirekt eine andere Messlatte aufgelegt. Er stellt in Aussicht, dass die Anzahl der Genehmigungen von Rückstellungsanträgen zunehmen wird. Auch das würde uns sehr freuen, aber das würde das Problem nicht grundsätzlich lösen.

Die Elternini braucht jetzt einen langen Atem. Sie hat viel für die Betroffenen erreicht, die Rückstellung wird erleichtert. Eine Stichtagsänderung per Gesetz war in wenigen Monaten offenbar nicht umsetzbar. Die Eltern werden weiter kämpfen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Wolfgang Seelbach 21.3.2015